

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morosplan, Nr. 15190-15197.

Montag, den 29. November 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morosplan, Nr. 11753-54.

Internationale gegen Ruhrbedrohung

Der Internationale Gewerkschaftskongress wurde am Sonnabend, den 27. November, geschlossen. Als letzter Punkt stand auf der Tagesordnung der Bericht der auf der Konferenz zu Amsterdam eingesetzten Kommission zur Vereinfachung des Ruhrgebietes. Nachdem J. Bouhassier (Frankreich) im Namen dieser Kommission Bericht erstattet und Belgien als Vertreter Deutschlands dazu gesprochen hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Der vom 22. bis 27. November in London tagende außerordentliche Internationale Gewerkschaftskongress erhebt nach Kenntnisnahme des Berichts der vom Internationalen Gewerkschaftsbund in das Ruhrgebiet entsandten Untersuchungskommission energische Protest gegen die angebrochene Besetzung dieses Gebietes durch die Truppen der Entente.

Der Kongress stellt fest, daß eine derartige Maßnahme ein nicht zu rechtfertigender Gewaltakt sein würde, eine Verletzung der getroffenen Abkommen, eine Verletzung der Freiheit und der Bestrebungen der Arbeiter zur Sozialisierung der Bodenschätze, ein Schlag des internationalen Kapitalismus gegen die Arbeiterbevölkerung.

In der Überzeugung, daß die Besetzung des Ruhrgebietes verhängnisvolle Folgen haben und der Reaktion und dem Militarismus zugute kommen würde, daß sie den Gefahren, welche die Welt bedrohen, noch neue hinzufügen und ein unübersteigbares Hindernis bilden würde für die Wiederaufnahme der normalen Verbindungen zwischen den Völkern, erklärt der Kongress, daß die organi-

sierten Arbeiter bereit sind, sich mit allen Mitteln einer derartigen Maßnahme zu widersetzen und zu verhindern, daß die Arbeiter des Ruhrgebietes einer militärischen Unterjochung unterworfen werden.

Der Kongress erklärt, daß die Kohlenfrage nicht durch militärische Gewaltakte, sondern nur durch eine internationale Organisation der Produktion und der Verteilung aller Brennstoffe gelöst werden kann, wie sie bereits der internationale Bergarbeiterkongress in Genf gefordert hat.

Der Kongress erklärt, daß ganz im besonderen die Produktion im Ruhrgebiet unbestreitbar abhängig ist von einer guten Lebensmittelversorgung der Grubenarbeiter.

In Erwägung, daß die Bergleute die in Spa eingegangenen Verpflichtungen voll erfüllt haben, verlangt der Kongress auch für sie die Erfüllung der Versprechen, welche ihnen als Gegenleistung gemacht worden sind. Er weist hin auf die traurige Lage, in der die arbeitende Bevölkerung des Ruhrgebietes sich befindet, auf das Elend, das die Jugend mit dem Tod bedroht, und verlangt, daß Maßnahmen zur Beseitigung dieses entsetzlichen Zustandes getroffen werden.

Der Kongress erklärt schließlich, daß die Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Gruben nur das Werk freier von dem gleichen Willen zur Freiheit und zum Frieden besetzter Arbeiter sein kann.

Vervorgehoben muß noch werden, daß bei den französischen und den englischen Teilnehmern die Zustimmung besonders stark war.

Gefährdung des Luftverkehrs.

Von Billy Reher, Hauptmann a. D.

Kaum war das Flugzeug erfunden, da wurde es von mächtigen militärischen Heerarmen ergriffen und in den Dienst des Heeres gestellt. Der leitende Gedanke für die Weiterentwicklung des Aeroplans (um den Ausdruck der damaligen Zeit zu gebrauchen) war fortan der: die größtmögliche Verheerung auf der Erde aus der Luft hervorzurufen. Der Plan gelang. Beweis dafür ist der verfloßene Feldzug, an dessen Ende wir und die Segner Flugzeuge hatten, die Maschinengewehre, Kanonen und Bomben bis zu 1000 Kilogramm pro Stück, ja sogar Flammentwerfer an Bord führten.

Weltkrieg ist Weltwende. Sie wird das Flugzeug, das zum „Satan des Kethers“ geworden war, in den Dienst der Menschheitsannäherung stellen. Der Luftverkehr ist berufen, die Völker zu verbinden, die Veröhnung zu beschleunigen.

Dem deutschen Luftverkehr droht jetzt schwere Gefahr. Eine ansehender auf englischen Einfluß zurückzuführende Note der internationalen Luftfahrt-Kontrollkommission vom 24. d. M. erinnert unter Bezugnahme der Protokolle von Brüssel und Spa daran, daß der Bau von deutschen Flugzeugen erst drei Monate nach vollkommener Ausführung des § 202 des Friedensvertrags gestattet ist. Ich will mich in den Streit nicht einlassen, ob die Auffassung der Entente juristisch begründet ist oder nicht. Ich fürchte nur, daß die restlose Auslieferung des gesamten Luftfahrtmaterials, wie sie der § 202 und die Note vom 24. verlangen — nämlich vom Zeppelinkreuzer bis zum Höhenmesser des Flugzeuges, von der Luftschiffhülle bis zur photographischen Kamera — wahrscheinlich noch mehrere Jahre in Anspruch nehmen dürfte, ja vielleicht sogar praktisch völlig unmöglich ist. Denn wir wissen ja alle, daß trotz aller Verbote und Strafandrohungen verirrte Patrioten sowie Berufs- und Gelegenheitsflieger sich leider nicht abhalten lassen, Material, wo es möglich war, beiseite zu bringen, und daß es sehr schwer ist, diese Gegenstände wieder zu erfassen.

Wenn aber keine Flugzeuge bei uns mehr gebaut werden dürfen, muß in einiger Zeit auch der deutsche Luftverkehr eingestellt werden, zumal es uns ausdrücklich untersagt ist, Flugzeuge aus dem Ausland einzuführen.

In zweijähriger, rastloser Arbeit haben hauptsächlich die deutsche Luftreederei (zusammen mit der Hamburg-Amerika-Linie) und der Flugzeugbau Sachlatzig (zusammen mit dem Norddeutschen Lloyd) verschiedene Verkehrsleistungen eingerichtet, auf denen ein realemäßiger Luftbetrieb zwecks Beförderung von Post und Personen herrscht. Alle Mühe und alle Kosten sollen nun umsonst gewesen sein!

Beim Zusammenbruch 1918 hatten wir eine Flugzeugindustrie, die in etwa 40 Fabriken monatlich circa 2500 neue und reparierte Flugzeuge sowie deren Ersatzteile herausbrachte. Nur drei Firmen — und zwar Fokker-Schwerin, Junkers-Deussan und Sachlatzig-Berlin — entschlossen sich damals, dem Kriegsflyngzeugbau zum Verkehrsflugzeugbau überzugeben. Die anderen 37 Fabriken zogen es vor, sich mehr oder weniger auf landwirtschaftliche Maschinen, Möbel und andere Sachen umzustellen. Jetzt droht auch den drei Firmen, die der Fliegerei treu bleiben, die Vernichtung.

Militärische Gründe können die Entente-Note unmöglich rechtfertigen. Ein Verkehrsflugzeug ist, wie mir jeder Fachmann ohne weiteres zugeben wird, für Kriegszwecke unbrauchbar. Zudem hält sich die Produktion der drei Firmen obendrein noch im bescheidenen Rahmen. Mehr wie ein Dutzend neuer Flugzeuge werden sie im Monat meiner Schätzung nach nicht herausbringen. Der Betrieb ist also sehr leicht zu übersehen und zu überwachen. Damit sollte sich die Entente begnügen. Es wäre jedoch zu begrüßen, wenn hierbei die Zahl der vielen Firmen, die lediglich auf dem Papier tätig sind und dadurch bei uns Verwirrung und bei der Entente Verdacht hervorrufen, von der deutschen zuständigen Stelle stark eingeschränkt würden. Eine Repressalienpolitik aber an den drei tatsächlich bauenden Firmen und an den zwei maßgebenden Luftverkehrsgesellschaften auszuüben, ist das Verkehrsteile, was unsere Vertragsgegner machen können. Sie werden dadurch die Erfüllung des § 202 bestimmt nicht befähigen, sondern nur einen unerwünschten Nationalismus in Kreise hineintragen, wo er bisher glücklicherweise im allgemeinen nicht zu Hause war.

Die Arbeiterschaft, die im Flugzeugbau und Luftverkehr beschäftigt ist, wird naturgemäß von einer ungeheuren Erregung ergriffen. Es ist dies jedem verständlich, der weiß, was es bedeutet, heutigentags über Nacht arbeitslos zu werden. Hunderten von deutschen Arbeitern und einer großen Zahl von Beamten droht jetzt dieses Schicksal. Daran sollte die Arbeiterschaft in den Ententeländern denken und unverzüglich auf ihre Regierungen mit allen legalen Mitteln

Frankreich und Oberschlesien.

Paris, 28. November. Der Londoner Berichterstatter der Agence Havas meldet, daß gestern über die Volksabstimmung in Oberschlesien verhandelt wurde. Um den Ungelegenheiten zu entgehen, die die Zerteilung von vielen außerhalb des Volksabstimmungsbezirks Wohnenden am Tage der Volksabstimmung haben könnte, seien zwei Vorschläge gemacht worden. Nach dem einen sollen die außerhalb des Abstimmungsbezirks Wohnenden nicht am gleichen Tage wie die Bevölkerung von Oberschlesien abstimmen. Nach dem anderen Vorschlag sollen die außerhalb Oberschlesiens Wohnenden außerhalb des Abstimmungsbezirks, aber in der Besetzungzone, etwa in Köln, abstimmen. Zu dieser Lösung bemerkt der Berichterstatter der Agence Havas, sie stelle die Freiheit des Abstimmungsbezirks und gleichzeitig die Aufrechterhaltung der Ordnung sicher. Es sei beschlossen worden, den letzten Vorschlag Polen und Deutschland zur Annahme zu unterbreiten. Würde er abgelehnt, so werde man die andere Lösung zur Anwendung bringen.

Möglicherweise leitet diese halbamtliche französische Meldung die Zurücknahme des französisch-polnischen Annehmens ein, die außerhalb Oberschlesiens wohnenden Oberschlesier von der Abstimmung auszuschließen. In England ist man mit dieser Forderung offenbar auf wenig Gegenliebe gestoßen, und so verliert man die Mehrheit der deutschgesinnten Oberschlesier auf eine andere Weise zu zerschmettern. Denn etwas anderes bedeuten auch die neuen Vorschläge nicht. Auch einem politischen Feind muß klar sein, daß die aus Deutschland kommenden Abstimmungsberechtigten demselben, ja einem weit stärkeren polnischen Terror (denn das versteht man doch, offen gesprochen, auf französischer Seite unter den zu befürchteten Unruhen) ausgesetzt sein werden, wenn sie, sozusagen hinter Stacheldraht, gesondert abstimmen. Damit wäre also nichts gewonnen. Im zweiten Fall würden die Polen nicht verfehlen, mit der Behauptung kooperieren zu geben, die Oberschlesier, die in Köln oder an einem anderen deutschen Ort abstimmen, ständen unter dem Zwang der deutschen Kräfte. Schon heute operiert man ja in Polen sehr ausgiebig mit diesem Argument. Wir müssen schon auf der Forderung beharren, daß die Abstimmung unter der Form vor sich geht, wie der Vertrag es wünscht, und hoffen, daß man in England auch diesem französisch-Verständnis den richtigen Wind gibt. Frankreich ist doch sonst so ängstlich darum bemüht, daß der Versailler Vertrag bis aufs 3-Tüpfelchen erfüllt wird. . . .

Irenanschläge auf England.

Der Kleinrieg in Irland nimmt trotz aller rigorosen Maßnahmen der englischen Regierung und trotz der Wiederherstellung immer heftigeren Charakter an. In Cork wurden in der Nacht vom 27. zum 28. dauernd Explosionen, Gewehrschüsse und Revolverfeuer gehört. Mehrere Häuser in verschiedenen Teilen der Stadt, u. a. ein Manufakturwarengeschäft, wurden in Brand gesteckt und vernichtet. Am 27. hat in einer Fabrik eine neue Bombenexplosion stattgefunden, bei der zwei Personen getötet wurden; eine Person wurde schwer verletzt. Wie es scheint, benützen sich die Sinnfeiner nicht mehr mit ihrem Arbeitsfeld in Irland, sondern versuchen, den Brand auf England selbst auszuweiten. In Liverpool

wurden in der Nacht zum Sonntag 18 Baumwollagerhäuser angezündet. Es wurden Petroleumlampen und mit Paraffin getränkte Baumwolle an der Brandstätte gefunden. Fünf Männer wurden verhaftet. Zahlreiche Anzeichen deuten darauf hin, daß Sinnfeiner die Brandstifter sind. Zwei Baumwolllager sind vollständig niedergebrannt.

In London war am Sonnabend ein groß angelegter Brandstiftungsversuch der Sinnfeiner vereitelt worden. Die Brandstifter stohlen ebenfalls unter Zurücklassung von Petroleumlampen und paraffingetränkter Baumwolle. Es ist soweit gekommen, daß sich die englische Regierung in ihrem eigenen Hause nicht mehr sicher fühlt. Am Eingang der Downing Street (in der die Amtswohnung Lloyd Georges liegt) wurden zum Schutz gegen etwaige Angriffe der Sinnfeiner Partisanen errichtet. Die Behörden haben beschlossen, das Parlamentsgebäude für das Publikum zu sperren. Die Absperrung ist darauf zurückzuführen, daß während der letzten Wahlen in Irland eine ausgedehnte Sinnfeinererschöpfung aufgedeckt wurde, welche die Verschärfung von Regierungsgesetzen in London sowie andere terroristische Akte zum Ziele hatte. Mitglieder der Regierung und andere hohe Beamte haben Drohbriefe und ausnahmsweise Warnungen erhalten. Die amtlichen Kreise bewahren größtes Stillschweigen.

Wie verlautet, werden in Dublin zur Internierung der Mitglieder des irischen republikanischen Heeres Konzentrationslager gebildet. In Dublin wurden in der vergangenen Woche 300 Personen verhaftet.

Auslandsrundschau.

Die Abrüstungskommission des Völkerbundes erklärte auf Antrag Bourgeois, in Anbetracht der Tatsache, daß der Rat einzig für die Anwendung des Artikels 18 (beiz. die Wlohad) verantwortlich sei, dürfe die Kommission, die mit der technischen Organisation der Wlohad beauftragt ist, auf keinen Fall den Charakter einer ständigen Kommission annehmen.

In einer Forderung eines Verles von Baruch, dem Berater Wilsons, über Wiedergutmachung und Wirtschaftsbestimmungen des Versailler Vertrages, fordert Keynes, der bekannte Verfasser des kritischen Verles über den Versailler Friedensvertrag, Aufhebung der Wiedergutmachungskommission.

Die österreichische Regierung hat sich an Deutschland mit dem Ersuchen gewandt, eine Reklushilfe von circa 600 Waggons bewilligen zu wollen.

Der italienische Delegierte in der Wiedergutmachungskommission, Bertolin, ist auf der Reise von Paris nach Rom in Turin gestorben.

Das norwegische Parlament hat eine Vorlage betreffend Annahme des Schiedsgerichtsbeschlages mit 102 gegen 21 Stimmen verworfen. Nach diesem Beschlusse muß es als ziemlich sicher gelten, daß in den nächsten Tagen ein Eisenbahnerstreik eintreten wird. Es wird jetzt daran gearbeitet, Kuombilllinien zu organisieren, um den Verkehr auf den wichtigen Linien aufrechtzuerhalten.

Auf dem Kongress des sozialistischen Verbandes des Seinedepartements erhielt der Antrag Loriot, Proffart, der sich für den Anschluß an die 3. Internationale von Kossau ausspricht, 13 488 Stimmen, ein Antrag Longuet für den Anschluß an die 2. Internationale unter Vorbehalt 2114 und ein Antrag Blum und Genossen für den Anschluß an die 2. Internationale 1001 Stimmen.

einwirken, daß ihren deutschen Genossen dieses Schicksal erspart bleibt.

Ich habe nichts gegen die Entwaffnung unseres Volkes, da es meine feste Überzeugung ist, daß ihr im Laufe der Jahre die Entwaffnung der Welt zum Segen der Menschheit nachfolgen muß. Aber ich halte die Unterbindung des deutschen Flugzeugbaues und des deutschen Luftverkehrs für eine völlig unnötige und schädliche Härte. Nicht die Entente hier auf ihr angebliches formales Recht, so muß sich und der Gedanke ausdrängen, daß dahinter die ausländische Konkurrenz steht, die den deutschen Nebenbuhler rücksichtslos niederhalten will, zumal er bereits einen gewissen Vorsprung in der Konstruktion von Verkehrsflugzeugen haben dürfte. Aber diese Konkurrenzpolitik ist nicht weniger töricht, als die Repressalienpolitik, denn mit dem heutigen Konkurrenten tötet man den zukünftigen Kunden. Und wie sollen wir den zahllosen Wiedergutmachungsforderungen des Versailler Vertrages nachkommen, wenn die Entente jetzt wieder ein Stück unseres so wie so schon schwer zerrütteten Wirtschaftslebens zerstückelt. Deshalb hoffen wir, daß es unserer Regierung gelingt, unsere Vertragspartner in den kommenden Tagen von der Unsinngkeit und Schädlichkeit ihres Verlangens zu überzeugen.

Beamtenstreikgefahr im Ruhrrevier.

Aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird uns geschrieben: Seit einiger Zeit geht hier das Gespenst eines Beamtenstreiks um, der zwar nicht von der gewerkschaftlichen Organisation der Beamten geplant und genehmigt ist, sondern von unverantwortlicher Seite propagiert wird.

Man kennt leider an einigen der maßgebenden Stellen noch immer nicht genügend die besonderen Verhältnisse gerade dieses Bezirks. Wer nach längerer Zeit zum erstenmal wiederum in das Ruhrgebiet kommt, ist über die gewaltige Höhe der Preise für die Lebensmittel und die anderen notwendigsten Lebensbedürfnisse peinlich überrascht. Die Versorgungslage war nun bisher darauf aufgebaut, daß für alle Teile des Reiches die Gehälter gleich bemessen wurden. Man versuchte sogar, durch das sogenannte Sperrgesetz gewissermaßen Höchstpreise einzuführen, die insbesondere von den Kommunalverwaltungen nicht sollten überboten werden dürfen. Dazu kommt ferner, daß in einzelnen Staatsverwaltungen, insbesondere im Verkehrswesen, neben den Funktionen der Beamten Charakter hatten, auch solche im Arbeiterverhältnis vorhanden waren, und diese Arbeiter, z. B. die Eisenbahnarbeiter, in gewissen Tarifgruppen erheblich besser bezahlt wurden als diejenigen unteren Beamtengruppen die etwa in der Stellung ihnen entsprachen. So ist es gekommen, daß einige Unterbeamte ein Gehalt bekamen, welches ihnen eine Existenz überhaupt nicht mehr ermöglichte. Ferner bildeten sich große Unterschiede in der wirtschaftlichen Lage der Beamtenschaft in den verschiedenen Teilen Deutschlands. So entband insbesondere die nicht zu leugnende große Kollage der Beamtenschaft im rheinisch-westfälischen Industriebezirk.

Eblich taucht nun im Ruhrrevier die Drohung mit dem Beamtenstreik auf. Auffälligerweise suchten die Führung dieses wilden Streiks solche Kreise an sich zu reihen, denen alles andere als Beamtensolidarität oder Treue zum deutschen Beamtentum nachsagen konnte. Die Beschäftigten an Ort und Stelle haben bestätigt, daß gerade von den Nationalen und Christlichen zum Streik gehet wird. Diesen Kreisen entspringt nämlich allmählich durch die Auffklärungsbewegung, die insbesondere unsere Partei in der Beamtenschaft betreibt, der Einfluß auf die Beamtenschaft. Die Deutschnationalen betradeten von jeher die Beamtenschaft als die Domäne der Reaktion, und die Christlichen fühlten immer deutlicher, daß auch die katholischen Beamtensvereine nicht mehr in der Lage bleiben würden, die aufgeklärte katholische Beamtenschaft in ihrem Schlepptau zu beharren. Deshalb sucht man jetzt einen wilden Streik zu provozieren. Charakteristischerweise begien gerade diese Personen zum Streik, welche bisher immer erklärten, daß ein Streik der Beamtenschaft überhaupt begrifflich ausgeschlossen sei und dem Wesen des Beamtentums widerspreche. Die wahren Drahtzieher der Bewegung emhüllt am besten die Aeußerung eines deutschnationalen Großindu-

striellen des Bezirks, der erklärte, er könne es den Beamten nicht verdenken, daß sie streiken wollten, nachdem die sozialistische Regierung zwei Jahre lang immer nur für die Arbeiter etwas getan hätte. Ihnen wird offenbar allmählich die Solidarität zwischen Arbeiterkass und Beamtenschaft sehr unbequem.

Die tatsächliche Lage zwingt aber unsere Fraktionen im Reichstag und im preussischen Landtag mit allen Kräften für die Befestigung der dringendsten Notstände einzutreten. Der einzige Weg ist der, daß besonders für das Industriegebiet den unteren und mittleren Beamtengruppen eine Erhöhung der Teuerungszulage gewährt wird. Dies muß aber sofort geschehen. Vor allem muß alsbald die Auszahlung eines Vorschusses auf die Teuerungszulage angedordnet werden. Die Lage bei einem wirklichen Ausbruch eines wilden Beamtenstreiks im Ruhrbezirk ist ernst.

Verschwörung Watter.

Aus Karlsruhe wird uns geschrieben:

Generalkonstant von Watter kam zu seiner Versammlung am 18. November in Karlsruhe Tags zuvor von Osnabrück in Begleitung des Generalkonstanten August von Franke in aus Berlin und des Leutnants Watter von Unruh aus Berlin. Von München war der Hauptmann und

Einwohnerwehrführer Freiherr Dölar von Nieheim

gekommen und außerdem waren in deren Begleitung der Bahnverwalter Wilhelm Griehammer und Oberregierungsrat Hans Burkhardt aus Nürnberg.

Generalkonstant von Watter hat in dieser Versammlung über auf seine vor ihm liegende Generalkonstantenmappe Kopie erklärt, in dieser Mappe habe er die neuesten Feldzugspläne der Roten Armee, über welche bekanntlich die „Deutsche Zeitung“ jene Alarmnachrichten verbreitete, die sich mittlerweile nach Unterjuchung der Reichsbehörden als Schwindel herausstellten.

Wie wenig harmlos das Treiben des Generalkonstanten von Watter ist, mag daraus zu ersehen sein, daß er nach den verschiedensten Hauptzentren der deutschen Länder Verbindungen unterhielt und daß seine Verbindungsoffiziere fortdauernd sich auf Reisen befanden. Der bekannte

Hauptmann von Pfeffer

ist von seinen Helfershelfern der Hauptbeteiligte. In der Tat muß man sich wundern, wie sich gegenüber solchen militärischen Konspirationen das Reichswehrministerium sowohl wie die Staatsanwaltschaften neutral verhalten.

Staatsanwalts Phantasien.

Der Bericht der Münchener Staatsanwaltschaft über die Dokumente der Gegenrevolution, von dem wir in unserer Sonntagsausgabe bereits einen Auszug nach W.B. brachten, liegt nun im Wortlaut vor. Er stellt den „objektivsten Behörde“ ein noch trostloseres Zeugnis aus als die kurze W.B.-Notiz vermuten ließ.

Wir haben bereits auf die bei Fliegerhauptmann Verthold aufgefundenen schwerelastenden Schriftstücke hingewiesen. Wie wird der Staatsanwalt damit fertig? Die Urheber der Berichte an Verthold, die Leutnants Gager, Meyerl, Mayer usw. hätten selbst zugegeben, daß ihre Berichte „zum größten Teil objektiv unrichtig“ seien. Herrlich, wundervoll! Welches Motiv hatten wohl die Mitverschworenen, ihr Oberhaupt fortgesetzt zu belügen?

Da bleiben aber noch die Protokolle des Hauptmanns Verthold selber, in denen fortgesetzt von dem vorbereiteten großen Schlag, der geplanten Einsetzung einer Militärdiktatur usw. die Rede ist. O, darüber hilft ein objektiver Staatsanwalt sich schamell hinweg. Verthold hat „gelegentlich seiner Phantasie die Fügel schiefen lassen“. Alles nur Phantasie. Der Rapp-Busch, Vertholds Vuttschwerk in Garburg, die Absetzung der Münchener Regierung durch General Mühl, — alles nur Phantasie! So urteilt ein Münchener Staatsanwalt!

durch Schutzgölle, Freihandel, gute oder schlechte Fiskalität, und sogar die aus der ökonomischen Fieudlage Deutschlands von 1648 bis 1890 entspringende tödliche Ermattung und Impotenz des deutschen Viechbürgers, die sich äußerte zuerst im Viechismus, dann in Sentimentalität und triechender Fürsten- und Adelsschicht, war nicht ohne ökonomische Wirkung. Sie war eine der größten Hindernisse des Wiederaufschwungs und wurde erst überschritten dadurch, daß die Revolutions- und Napoleonischen Kriege das chronische Fieud aufhoben. Es ist also nicht, wie man sich her und da bequemweise vorstellen will, eine automatische Wirkung der ökonomischen Lage, sondern die Menschen machen ihre Geschichte selbst, aber in einem gegebenen, sie bedingenden Milieu, auf Grundlage vorgefundener tatsächlicher Verhältnisse, unter denen die ökonomischen, so sehr sie auch von den übrigen politischen und ideologischen beeinflusst werden mögen, doch in letzter Instanz die entscheidenden sind und den duragehenden, allein zum Verständnis führenden roten Faden bilden.

b) Die Menschen machen ihre Geschichte selbst, aber bis jetzt nicht mit Gesamtwillen nach einem Gesamtplan, selbst nicht in einer bestimmt abgegrenzten gegebenen Gesellschaft. Ihre Bestrebungen durchkreuzen sich, und in allen solchen Gesellschaften herrscht eben deswegen die Notwendigkeit, deren Ergänzung und Erscheinungsform die Zufälligkeit ist. Die Notwendigkeit, die hier durch alle Zufälligkeit sich durchsetzt, ist wieder schließlich die ökonomische. Hier kommen dann die sogenannten großen Männer zur Bekanlung. Daß ein solcher und gerade dieser, zu dieser bestimmten Zeit in diesem gegebenen Lande aufsteht, ist natürlich reiner Zufall. Aber streichen wir ihn weg, so ist Nachfrage da für Ersatz, und dieser Ersatz findet sich, tant bien que mal, aber er findet sich auf die Dauer. Daß Napoleon, gerade dieser Korke, der Militärdiktator war, den die durch eigenen Krieg erschöpfte französische Republik nötig machte, das war Zufall; daß aber in Ermangelung eines Napoleons ein anderer die Stelle ausgefüllt hätte, das ist bewiesen dadurch, daß der Mann sich jedesmal gefunden, sobald er nötig war: Cäsar, Augustus, Cromwell usw. Wenn Marx die materialistische Geschichtsauffassung entbede, so beweisen Thiers, Mignet, Guizot, die sämtlichen englischen Geschichtsschreiber bis 1860, daß darauf angestrebt wurde, und die Entbedung derselben Auffassung durch Morgan beweist, daß die Zeit für sie reif war, und sie eben entbedet werden mußte.

So mit allem anderen Zufälligen und scheinbar Zufälligen in der Geschichte. Je weiter das Gebiet, das wir gerade untersuchen, sich vom ökonomischen entfernt und sich dem reinen abstrakt Ideologischen nähert, desto mehr werden wir finden, daß es in seiner Entwicklung Zufälligkeiten aufweist, desto mehr im Blick verläuft seine Kurve. Zeichnen Sie aber die Durchschnittslage der Kurve, so werden Sie finden, daß, je länger die betrachtete

Der Fall Viertimpel.

Von der sozialistischen Studentenfraktion wird uns mitgeteilt:

Wir haben bisher zu den höchst bedauerlichen und eigenartigen Vorfällen innerhalb der Leitung der Berliner Studentenschaft öffentlich keine Stellung genommen, um nicht den Ermittlungen des Haushaltsausschusses vorzugreifen und Angelegenheiten der Studentenschaft der Öffentlichkeit mitzuteilen, ehe die Sachlage die genähere Klärung erfahren hat. Nachdem aber, wie aus der heute verausgabten offiziellen Darstellung hervorgeht, diese Klärung in wesentlichen Punkten erfolgt ist, haben wir keinen Anlaß, die Vorgänge in der Universität der Öffentlichkeit vorzuenthalten. Dies um so weniger, als gerade die sozialistische Fraktion der Studentenvertretung es für sich beanspruchen darf, in erster Linie die Aufbedung der Schuldigen herbeizuführen zu haben. Es war der Redner der sozialistischen Fraktion im Studentenparlament, welcher im Juli d. J. wörtlich sagte, daß die Art der Rassenführung „zum Himel sinke“ und den Haushaltsausschuß zur genauen Prüfung aufforderte. Ende Oktober, als die ersten Unterschlagungen vermutet wurden, war es wieder die sozialistische Fraktion, welche als erste den Antrag stellte, daß ein gerichtlich vereidigter Sachverständiger eine Prüfung der Bücher vornehmen solle. Statt dessen wurde jedoch durch Mehrheitsbeschluß des Haushaltsausschusses ein Beamter der Universität hiermit beauftragt.

Es handelt sich bei diesen Vorgängen um die Studenten Schwabe, Rihinger und Viertimpel. Alle drei sind in den Ausschüssen als führende Vertreter der Rechtsgruppen tätig gewesen. Und speziell die Tätigkeit des Herrn Viertimpel dürfte noch aus den Tagen des Rapp-Busch's her manchem in Erinnerung sein, als er Herrn Staatsanwalt Jumbroich als Vertreter der neuen „Regierung“ in der Universität bewillkommnete. Während Schwabe, welcher in der bekannten Nikolai-Verammlung zu den Aufständern und Stinkbombenwerfern gehörte, nach Unterschlagung einer Summe von etwa 20000 Mark flüchtig geworden ist, hat es Herr Viertimpel vorgezogen, an der Stätte seiner Willkämlichkeit zu verbleiben und war bis gestern bemüht, die fehlende Summe aufzutreiben. Beide Herren bekleideten während des letzten Jahres noch einander das höchste Amt, nämlich das des ersten Vorsitzenden des Ausschusses der Studentenschaft. Herrn Viertimpel wurde für seine Verdienste auf Beschluß von Rektor und Senat unlängst das Langische schwebende Werk über die Geschichte der Universität Berlin mit eigenhändiger Unterschrift des Rektors Eduard Meyer überreicht. Der angehende „Doktor“ Rihinger ist nach Unterschlagung von 764 Mark flüchtig geworden und hat von seinem Heimort aus freilich wissen lassen, daß er noch drei freiliche für die Studentensipplung zu vergeben habe, ein lobenswertes Lebenszeichen, das wenigstens den Sterbepreis erspart.

Nach alledem ist es wohl gestattet, darauf hinzuweisen, daß die Parteien der realistischen Mehrheit der Studentenschaft bei der Auswahl ihrer Vertreter für die leitenden Stellen einen höchst bedenklichen Mangel an Menschenkenntnis und gewissenhafter Vorsicht entlarft haben, der deutlich zeigt, wie wenig gerade diese Kreise imstande sind, die von ihnen so gern im Munde geführten „Ordnungsbedeale“ in die Tat umzusetzen.

Entschlußlose Demokraten.

Zur sächsischen Regierungsbildung.

Der Landesausschuß der Deutschen demokratischen Partei Sachsens lagte, wie die Demokratische Partei Korrespondenz meldet, am Sonnabend in Gemeinschaft mit der bisherigen und der künftigen demokratischen Landtagsfraktion unter Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Dr. Kütz. Der Ausschuß stellte sich nach einem Bericht des Vorsitzenden über den Ausfall der Landtagswahlen und nach einem Referat des Kultusministers Dr. Seiffert einmütig auf den Standpunkt, daß für die Deutsche demokratische Partei Sachsens zurzeit kein Anlaß vorliege, in der Frage der Regierungsbildung Beschluß zu fassen.

Wir machen unsere Geschichte selbst.

Von Friedrich Engels.

II*)

Unter den ökonomischen Verhältnissen, die wir als bestimmende Basis der Geschichte der Gesellschaft ansehen, verstehen wir die Art und Weise, worin die Menschen einer bestimmten Gesellschaft ihren Lebensunterhalt produzieren und die Produkte untereinander austauschen (soweit Teilung der Arbeit besteht). Also die gesamte Technik der Produktion und des Transports ist da einbegriffen. Diese Technik bestimmt nach unserer Auffassung auch die Art und Weise des Austausches, weiterhin die Verteilung der Produkte und damit, nach der Aufteilung der Genossenschaft, auch die Einteilung der Klassen, damit die Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse, damit Staat, Politik, Recht usw. Ferner sind einbegriffen unter den ökonomischen Verhältnissen die geographische Grundlage, worauf diese sich abspielen, und die tatsächlich überlieferten Reste früherer ökonomischer Entwicklungsstufen, die sich fortentwickeln haben, oft nur durch Tradition oder vis inertiae, natürlich auch das diese Gesellschaftsform nach außen hin umgebende Milieu.

Wenn die Technik, wie Sie sagen, ja größtenteils vom Stande der Wissenschaft abhängig ist, so noch weit mehr diese vom Stand und den Bedürfnissen der Technik. Hat die Gesellschaft ein technisches Bedürfnis, so hilft das der Wissenschaft mehr voran, als zehn Universitäten. Die ganze Hydrostatik (Torricelli usw.) wurde hervorgerufen durch das Bedürfnis der Regelung der Bergwerksdröme in Italien im 16. und 17. Jahrhundert. Von der Elektrizität wissen wir erst etwas Nationales, seit ihre technische Anwendbarkeit entbedet. In Deutschland hat man sich aber leider daran genötigt, die Geschichte der Wissenschaften so zu schreiben, als wäre sie vom Himmel gefallen.

Wir sehen die ökonomischen Bedingungen als das in letzter Instanz die geschichtliche Entwicklung bedingende an. Aber die Klasse ist selbst ein ökonomischer Faktor. Nun sind aber hier zwei Punkte nicht zu übersehen:

a) Die politische, rechtliche, philosophische, religiöse, literarische, künstlerische usw. Entwicklung beruht auf der ökonomischen. Aber sie alle reagieren auch aufeinander und auf die ökonomische Basis. Es ist nicht, daß die ökonomische Lage Ursache, allein aktiv ist und alles andere nur passive Wirkung. Sondern es ist Wechselwirkung auf Grundlage der in letzter Instanz stets sich durchsetzenden ökonomischen Notwendigkeit. Der Staat, z. B. wirft ein

*) Dieser vom 26. Januar 1894 datierte Brief beantwortet mehrere Fragen, die Heing Starckenburg an Engels gerichtet hatte.

Periode und je größer das behandelte Gebiet ist, daß diese Age der Age der ökonomischen Entwicklung um so mehr annähernd parallel läuft.

Rinderhorte Berlin in Gefahr? Genossen, Genossinnen und sonstige Personen, die über Finanzierung der Rinderhorte oder über die eventuell bestehende Gefahr einer Verminderung derselben Material haben, werden gebeten, ihre Adressen an Riktor Bahle, R. 58, Senefelder Str. 7, 1. Vorhänger der Arbeitergemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrretinnen Grob-Berlin, einzulegen.

Zwischenfall in der Staatsoper. In der Staatsoper sollte gestern Peter Jonsson als Gast den Tannhäuser singen. Es zeigte sich jedoch sofort, daß der Sänger stark indisponiert war. Nach dem ersten Akt wurde mitgeteilt, daß Jonsson nicht imstande sei, weiter zu singen und daß Josef Mann für ihn einspringen werde. Das Publikum war so rücksichtslos, diese Nachricht mit lebhaftem Beifall aufzunehmen. Die Vorstellung wurde dann ohne weitere Störung zu Ende geführt.

Der Lebenskampf der vogeländischen Verlmutterindustrie. Aus dem Vogellande wurde vor einem Jahre berichtet, daß durch industrielle Abwässer die Verlmutterbestände des oberen Elstergewässers, besonders des bei Oelzsch in die Elster mündenden Görnigbades, wenn nicht auf alle Zeit vernichtet, so doch auf Jahrzehnte hinaus schwer geschädigt worden sind. Das Elstergewässel ist eine der wenigen wogenden Teufelstünde, in der die Flußperlmutter noch in nennenswerter Zahl vorkommt. Die Verlmutterindustrie im Vogellande gab vor langer Zeit den Anstoß zur vogeländischen Wuschelwarenindustrie, die besonders im oberen Vogellande heimisch geworden ist und früher alljährlich Millionenwerte ausfuhrte. Hauptstütze dieser Industrie ist das kleine Städtchen Adorf an der oberen Elster, wo sich namhafte Verlmuttererfabriken entwickelt haben. Sie verarbeiteten zuerst lediglich die Verlmutter aus den Schalen der einheimischen Verlmutter, mußten aber später Verlmutter in großen Mengen aus dem Ausland bzw. von Uebersee einführen. Mit Arbeitsausbruch hörten diese Zufuhren natürlich auf, jetzt sind sie zwar wieder möglich, aber doch so erswerlich, daß eine der großen Adorfer Verlmutterfabriken ihren Betrieb einstellen. Das führte zu dem bis ins Ausland verbedelerten Gerücht, daß diese so berühmte Adorfer Industrie völlig eingeebe. Glücklicherweise befaßt sich dies nicht. Die größte Adorfer Verlmutterfabrik, zugleich die größte ihrer Art in ganz Deutschland, ist noch wie vor im Betriebe, und es behält die Hoffnung, daß es gelingen wird, diese Perlmutterindustrie dem Vogellande und damit der deutschen Kunstindustrie zu erhalten.

Theater. Im Kleinen Schauspielhaus findet am 8. Dezember die Uraufführung des neuen Lustspiels „Gehel“ von Hermann Bahle statt. — Im Staatlichen Schauspielhaus werden morgen, Dienstag, in Abänderung des Spielplans die „Journalisten“ gegeben. — Am Volkstheater wird Rolland's Komödie „Amphibien“ in der Umgestaltung von Victor Barnowitsch am 8. Dezember erwaufführt.

Die Gewerkschaft Teufcher Fächnerangehöriger beruft eine durch die Gewerkschaften unterstützte außerordentliche Vertreterversammlung zum 7. und 8. Dezember nach dem Zoo-Kalferlaal in Berlin ein.

Das Märkische Wandertheater eröffnet seine Spielzeit am 2. Dezember in Röhben mit „Jouk“ (Gast Franz Wlad von Deutschen Theater).

Engels-Fest in Barmen.

Offenfeld, 20. November. (Eigener Drahtbericht des „Vorm.“) Am Sonnabendabend fand in Barmen unter großem Andrang der Bevölkerung eine stimmungsvolle Gedächtnisfeier für Barmens größten Sohn Friedrich Engels statt. Nach einem ausgezeichneten Orgelkonzert nahm Genosse Eduard Bernstein (Berlin) das Wort zu einer weitverbreiteten Gedächtnisrede. Der alte Klassenkämpfer von Engels wurde von der Versammlung mit nicht endenwährendem Beifall begrüßt. Bernstein feierte Engels als ausgezeichneten Denker, der epochemachend für den Sozialismus gewesen ist, als unermüdeten schaffenden Forscher, der den Klassenkampf nicht lehrte, sondern den tatsächlichen vorhandenen Klassenkampf aufzeigte, als selbstlosen Freund, ja der fast ohne Beispiel in der Geschichte ist, den Sozialisten, der in der Marx-Engels-Lehre die Darstellung eines Entwicklungsprozesses und kein Dogma gibt. Unter Beifall im Wuppertal, die „Freie Presse“, ist am Tage des 100. Geburtstages Engels als Festnummer erschienen.

Badischer Parteitag.

Baden-Baden, 20. November. (Eigener Drahtbericht des „Vorm.“) Am letzten Freitag trat in Baden-Baden der Parteitag der badischen Sozialdemokratie zusammen. Der Parteivorstand hatte den Genossen Dr. Adolf Braun, von der württembergischen Sozialdemokratie war Genosse Keil, von der württembergischen Partei der Genosse Proffil entsandt. 181 Delegierte waren anwesend. Im Namen des Landesvorstandes erstattete Genosse Strobel Bericht über die Tätigkeit der Partei und ihre Entwicklung. Die Organisationen zählen jetzt 47 000 Mitglieder, während sie im Jahre 1914 nur 28 000 hatten. Die Zahl der Leser der Parteipresse beläuft sich auf rund 100 000. Der Parteitag erhöhte die Beiträge und beschloß, die bisher bestehende „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Gewerkschafter“ aufzulösen und dafür Werkschulung einzuführen. Gegenüber dem „Bund freier Volksgenossen“ soll strengste Neutralität gewahrt werden. Ein Antrag des Genossen Dr. Dieb, der schärferes Vorgehen der Landtagsfraktion und den eivil. Austritt aus der Regierung verlangte, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, dagegen ein Vertrauensvotum für die Fraktion und für die sozialistischen Minister beschlossen. Der Parteitag verlangte auch sofortige Steuererhöhung und Neueinschätzung der Landwirtschaft und der Wirtschaft, oder Gebührenschnitten. Die Frage des Zusammenfassens von Baden und Württemberg soll diskutiert werden.

In seiner Begrüßungsansprache protestierte Genosse Proffil-Audig gegen die Losreißungsbestrebungen in der Reichspolizei.

Der Parteitag stimmte der Schaffung einer neuen Gemeindeordnung durch den Landtag zu. Bei dem Referat der Abgeordneten Frau und Kraus über den Wiederaufbau Deutschlands entspann sich eine längere Debatte über die Sozialisierung des Bergbaues. Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages wird die Schulfrage gesetzt. Am Sonntag mittag wurde der Parteitag, der einen ausgezeichneten Verlauf nahm, geschlossen.

Der unentbehrliche Militärpfarrer.

Die Beratung des Etats der Reichswehr wurde im Hauptausschuß des Reichstags am Montag fortgesetzt. Bei dem Etatkapitel über Seelssorge beantragt Stülcken (Soz.) die Militärpfarrer abzuschaffen.

Die Soldaten können dieselben Seelsorger haben, wie die übrigen Staatsbürger. — In reichlichen Fragen sei es nicht notwendig, zwischen Uniform und Zivil zu unterscheiden. Auch könne die ganze Institution im Widerspruch mit Art. 141 der Verfassung sein. Seitens der Regierung wird dem Antrag widersprochen. Zwei Vertreter der bürgerlichen Parteien erklären sich für die Beibehaltung der Militärpfarrer unter Hinweis auf die Entstehungsgeschichte der Verfassung. Der Verfassungsschutz in Weimar sei nach Vorlage einer besonderen Denkschrift durchaus für die Beibehaltung der Seelsorge gewesen. Dr. Schneider (Soz.) sagt, die Militärseelsorge sei auch Familienpflege. Bestenfalls seien organisatorisch unentbehrlich. Nachdem noch Vurlage (Soz.) für und Künzler (U. Soz.) gegen die militärische Seelsorge sich geäußert haben, ergab die Abstimmung die Beibehaltung der militärischen Seelsorge durch die Bewilligung ihrer Etatsposten seitens der bürgerlichen Mehrheit.

Neufammanische Trennbarkeit. Zu der Mitteilung in Nr. 578 tragen wir beizusetzen nach, daß an der Sitzung vom 11. November außer Beitzheim der rechten und linken U. S. V. auch Vertreter der Sozialdemokratie teilgenommen haben. Infolge eines telephonischen Hörfehlers war dies verlesenlich nicht mitgeteilt worden.

Prozeß gegen Prinz.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsrat Bries-Forn wird Angeklagter Prinz als Zeuge vernommen, welcher bezeugt, daß Prinz in Gegenwart des Rechtsanwalts Richter geäußert habe, wenn er Elarz und Scheidemann etwas antun könnte, so tue er dies besonders gerne.

Kriminalkommissar Graulich befragt u. a.: Er habe den Auftrag gehabt, den in Haft befindlichen Tschala nach der Wohnung seiner Mutter in der Altonaer Straße zu führen, um die schon erwähnten Papiere aufzufinden. Die fraglichen Urkunden wurden jedoch nicht gefunden.

Der 24jährige Hans Seibel, der dem sogenannten Regiment Reichsog angehöre, bezeugt, daß es feinerzeit im Reichstag allgemein hieß, es seien für die Ermordung Liebknechts und der Luxemburg 100 000 Mark Belohnung ausgesetzt. Einen schriftlichen Befehl habe er, Zeuge, nicht gesehen.

Der Zeuge Sudow hat, wie er bezeugt, feinerzeit den Auftrag gehabt, Ledebour und Dr. Meyer zu verhaften. Der damalige Kommandant, Leutnant Fischer, habe ihn besonders darauf hingewiesen, er soll aufpassen, daß den Weiden nichts passiert, wenn er sie in dem Wochter Untersuchungsgefängnis abliefern. Zeuge bezeugt auf Verfragen des Vorstehenden weiter, daß ihm von irgendeinem Befehl, Liebknecht, die Luxemburg oder Ledebour beiseite zu stellen, nichts bekannt sei. Er habe auch nie gehört, daß irgendwelche Gelder für eine Ermordung verabreicht, ausgelegt oder ausgezahlt worden waren. Irigendwelche Belohnungen für besondere Taten wurden vorher nicht ausgezahlt, dagegen sind verschiedentlich nachträglich Belohnungsgeldsummen für besondere Leistungen bewilligt worden. Diese Belohnungen erreichten aber keinesfalls die Höhe von 100 000 R., es habe sich

Häufig um einige Hundert Mark

gehandelt. Auf Fragen des R.-A. Kubell erklärt Zeuge, daß Prämien auf die Verhaftung der genannten Führer nicht ausgezahlt gewesen seien. Die Leute hätten außerdem Anweisung, jeden Verhafteten sofort der Staatsanwaltschaft vorzuführen, welche dann Haftbefehl zu erlassen habe. Als Liebknecht und die Luxemburg gefügt waren, waren Fischer und Wolfenbuter sehr entsetzt und äuferten, daß dies der sozialdemokratischen Partei sehr schaden werde. Auf weitere Fragen erklärt Zeuge, er habe nichts für einen völlig verworrenen Menschen gehalten, der allerlei phantastische Erklärungen ausbrachte, die sich dann bei einer Nachprüfung als völlig unrichtig erwiesen.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Wirtschaft

Das Steinmehlprot.

Im Volkswirtschaftsausschuß des Reichstages bildete das Steinmehl- und Vordereitungs-Verfahren einen Gegenstand der Beratungen. Es wurde der Regierung zu erörtern gelehrt, ob sie nicht den Vertrieben mit dem Steinmehl-Verfahren größere Betriedemengen zur Verarbeitung überweisen sollte.

Das Verfahren des Mühlentechnikers Steinmehl besteht darin, daß vor der Zerkleinerung des Korns die äußere schaumige Zellulosehülle durch einen Waschprozeß beseitigt wird, dagegen die Kleber- und Nährstoffhaltige Samenhaut erhalten bleibt. Nach diesem Verfahren werden seit 25 Jahren Vordereitungs- mit 94 Proz. Ausbeute gewonnen, die ein ganz hervorragendes schmackhaftes und nahrhaftes Brot ergeben. Das Brot nach dem Steinmehl-Verfahren kann aus dem Vorkorn in jedem Kleinbetrieb hergestellt werden. 100 Kilogramm Mehl ergeben 150 Kilogramm fertiges Brot. Seit Jahrzehnten kämpft Steinmehl um die Einführung seiner Verfahren gegen die zu hoher Entwidlung gelangte Mühlentechnik. Er hat in Berlin eine Mühle und Bäckerei, für die ihm jedoch nicht genügend Getreide zugewiesen wird, so daß er die volle Nachfrage nach Steinmehl-Brot insbesondere aus Arbeiterkreisen nicht befriedigen kann. Die Unterstützung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses hat er jetzt angefordert. Hoffen wir, daß der Enderfolg das sein Brot ist in der Tat eine Wohltat für die Menschen, die nicht auf weiches, sondern auf wirklich nahrhaftes und schmackhaftes Brot Wert legen.

Groß-Berlin

für die notleidenden Kinder!

Kundgebungen der „Deutschen Kinderhilfe“.

Die von der „Deutschen Kinderhilfe“ am gestrigen Sonntag in Berlin und Vororten veranstalteten öffentlichen Kundgebungen sollten der Aufrechterhaltung des Gewissens dienen. Nach ihrem Verlauf darf man hoffen, daß sie der für die Pflanzung unentbehrlichen Spendenansammlung des wünschenswerten Erfolg bringen werden.

Im großen Saal des ehemaligen Herrenhauses schilderte Geheimrat Krabbe vom Wohlfahrtsministerium die Not deutscher Kinder, die unter dem Mangel an Nahrung, Heizung und Kleidung bitterster Mangel, Strophulose, Rachitis, Tuberkulose forciert unter Säuglingen, Kleinkindern und Jugendlichen mehr Opfer als je. Was soll, fragte der Redner, aus Deutschland werden, wenn wir uns nicht den Nachwuchs, unseren einzigen Reichtum, erhalten? Wenn der Ruf „Kinder in Not!“ erschallt, dürfe es keine Parteien geben.

Staatssekretär Genosse Paul Hirsch wies hin auf die Arbeiterviertel, in denen das Proletariat in menschenunwürdigen Wohnungen zusammengedrängt ist. Hungernd, frierend und zerlummt müssen Scharen von Kindern an Körper und Geist verkommen und elend zugrunde gehen. An der Hilfe für die notleidenden Kinder sollen, mahnte Genosse Hirsch, alle Schichten der Bevölkerung sich beteiligen. Alle Unterschiede der Parteien und Klassen haben hier zu schweigen. Dieses Werk der Nächstenliebe kommt nicht nur den Kindern, sondern dem ganzen Volk zugute. Auch der Arbeiterklasse dient es; denn aus einer darben- und hungernden Jugend wächst keine Generation heran, auf die sie in ihren Kämpfen sich verlassen könnte. Wenn hier nicht sofort tatkräftige Hilfe einsetzt, kann Deutschland nie wieder aufgerichtet werden. Geheiß, es ist Pflicht des Staates und der Gemeinden, für den Schutz des Nachwuchses zu sorgen. Aber unter den jetzigen Verhältnissen ist schnellste Hilfe nötig — und für sie kann die freie Arbeitstätigkeit jetzt nicht einberufen werden. Unrecht wäre es, sich an dem Werk nicht zu beteiligen. Hier muß jeder helfen, der sich Deutscher nennt.

Frau Heuß-Knapp, die an einer sozialen Frauenschule tätig ist, sprach von der Gefahr eines völligen Zusammenbruchs der Wohlfahrtspflege. Es sei zu erwarten, wenn nicht schnelligt die fehlenden Mittel aufgebracht werden. Sie erinnerte an das hochherzige Hilfswerk der Quäker. Seihen Endes könne aber jedes Volk nur selber sich helfen.

In einem Schlusswort empfahl die Vorsitzende, die in diesen Tagen umlaufenden Sammellisten zu freundlicher Beachtung. Sie erwähnte, daß an der „Deutschen Kinderhilfe“ auch die Gewerkschaften mitarbeiten.

Kundgebung für das Deutschtum.

Zu einer machtvollen Kundgebung für das Deutschtum gesammelt sich am Sonntag mittag ein Konzert des Weiserschen Gesangsvereins aus Kottowitz unter Leitung des Professors Fritz Lubrich im überfüllten Warmwasserbad des Zoologischen Gartens. Die Feier wurde mit einer Ansprache des ehemaligen Kottowitzer Oberbürgermeisters Pöhlmann eröffnet, der den aus 190 Mitgliedern bestehenden Gesangsverein begrüßte und ihm für seine Kundreise durch Deutschland den besten Erfolg wünschte. Nach einigen Vorträgen nahm Reichstagsler Lehrenbach das Wort, der den Verein als einen starken Vermittler des deutschen Einheitsgedankens feierte. Zum Schluß seiner mit großem Beifall aufgenommenen Rede gab er der Hoffnung Ausdruck, daß der Liebesbund zwischen Deutschland und Oberschlesien auf ewig bestehen bleiben werde.

Die Feier fand ihr Ende mit dem Tragen des Liedes, am Abkündigungstage für Deutsch-Oberschlesien mit aller Macht einzutreten.

Gasbergung von Mutter und Kind. Mit ihrem drei Jahre alten Söhnchen Horst freiwillig in den Tod gegangen ist gestern die 27 Jahre alte Ehefrau Frida Hampel aus der Rigauer Str. 108. Sie wurde von ihrem Ehemann mit dem Kinde in der mit Gas angefüllten Küche tot auf dem Fußboden liegend aufgefunden. Der Hahn des Gaskochers war geöffnet. Ein Herdenkeiden der Frau und epileptische Krampfanfälle des Kindes sollen die Mutter zu dem Verzweiflungsschritt getrieben haben.

Der verschwundene Diamant. Zwei rätselhafte Diebstahlsfälle, die gestern in einem der ersten Hotels unter den Linden verübt wurden, beschloß die hiesige Kriminalpolizei. In dem Hotel war eine Dame der höchsten russischen Aristokratie abgestiegen, deren Besitz zwei sehr wertvolle Brillantenohrringe war. Diesen kostbaren Schmuck, der aus zwei superreinen Brillanten von 7 1/2 Karat besteht, trug sie ständig in ihrer Goldbüchse in Watte eingewickelt bei sich. Als sie nun gestern die Hotelrechnung begleichen wollte, machte sie die überraschende Entdeckung, daß beide Brillanten aus dem Goldbüchsen verschwunden waren. Es enthielt nur noch die Watte, in die sie eingeschlagen gewesen. Bei einer Durchsichtung der Handtasche in der sie die Goldbüchse aufhob, fand sie nur einen der beiden Brillanten darin wieder. Der andere aber ist auf eine ganz unerklärliche Weise spurlos verschwunden. Auf die Wiederherbeibringung des großen Diamanten, der einen Wert von über 100 000 Mark hat, sind als Belohnung 10 v. D. seines Wertes ausgesetzt.

Bezirksversammlungen.

Die Versammlung des 15. Bezirks wurde im Treptower Rathaus vom Bürgermeister Ritter mit einem Rückblick auf die Vorgeschichte der Eingemeindung und dem Bunde auf geistliches Zusammenarbeiten zum Wohle der Gesamtgemeinde eröffnet. Die Arbeit solle unter dem Gesichtspunkte gegenseitiger Toleranz stehen. Nach der Einführung der Bezirksverordneten übernahm Genosse Alwin Gerich als ältester Mitglied den Vorsitz. In das Bureau der Versammlung wurden Johann Otto Schneider (U. S. V.) als Vorsitzender, Lemm (S. P. D.) als Stellvertreter, Treibrod (Vürgerl.) als Schriftführer und Neumann (U. S. V.) als Stellvertreter gewählt. Zur Vorbereitung der Bezirksamts-wahlen wurde ein Ausschuss von 10 Personen, ein gleich stark für eine Geschäftsordnung eingesetzt. Ueber die Zahl der Bezirksamtsmitglieder wurde beschlossen, dem Magistrat 9 vorzuschlagen, von denen 7 besetzt sein sollen. Die Rechte trat für nur 8 besetzte ein. Einmütig wurde einem Antrage zugestimmt, der den Magistrat ersucht, die Haushaltsvoranschläge der ehemaligen Vororte baldmöglichst zu erledigen.

Am 17. Verwaltungsbezirk fand die Einführung der Bezirksverordneten im Stadtverordnetenkollegium des Lichtenberger Rathauses statt. Im Auftrage des Magistrats von Berlin nahm die Stadträtin Behl die Einführung vor. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache, in der Frau Behl der großen Aufgabe gedachte, die der neuen Verwaltung bevorsteht, erfolgte die Verpfändung durch Handschlag. Als Alterspräsident übernahm nunmehr der bisherige Stadtverordnetenvorsitzer Tempel (U. S. V.) die Sitzung, um sofort zur Wahl des Vorstandes zu schreiten. Nach kurzer Debatte wurde Tempel zum Vorsteher gewählt, zu seinen Stellvertretern Schuberl (S. P. D.), Frau Rosenblat (U. S. V.), weiter wurden Schriftführer Müller (U. S. V.) und drei Stellvertreter Kambusch (Vürgerl.), Richter (U. S. V.), Weß (S. P. D.). Ferner wurde ein erschieblicher Wahlausschuss gewählt, der die Wahl der Mitglieder des Bezirksamts sowie deren Wahl vorbereiten soll, außerdem wurde der Ausschuss beauftragt, die Geschäftsordnung der früheren Stadtverordnetenversammlung einer Durchsicht zu unterziehen. Die nächste Bezirksversammlung findet Freitag, den 8. Dezember, statt.

Ausführungen im Khl. Im städtischen Khl für Obdachlose in der Dargitzer Straße verüben am Sonnabendabend und auch am gestrigen Sonntag die Kranken von der Station 1, in der ungefähr 200 geschlechtsranke, unter Sittenkontrolle stehende Mädchen zwangsweise untergebracht sind, erhebliche Ausführungen. Sie schlugen unter großem Lärm die Fenster Scheiben entzwei, zertrümmerten ihre Bettlager und warfen sie zum Fenster hinaus. Dienen Ausführungen selbst steht das Aufsichtspersonal machtlos gegenüber. Die Kumulanten sträubten sich anscheinend gegen die zwangsweise Absonderung, die jedoch im Interesse der öffentlichen Gesundheit dringend erforderlich ist.

Die Entwertung der Wochensorten in Stadt-, Ring- und Vorortverkehr wird vom 1. Dezember d. J. wieder eingeführt. Sie werden am Freitag jeder Woche gelocht. Die Karteninhaber sollen die Wochensorten dem Wohnortbesitzer am Freitag ohne Umhüllung übergeben, der sie dann an der rechten oberen Seite mit dem Lotzeichen zu versehen hat. Die Personen, welche dies am Freitag aus irgend einem Grunde unterlassen, können auch noch am Sonnabend ihre Karte zur Entwertung vorlegen. Es wird beim Reudruck sich künftig die Farbe der Wochensorte dahin ändern, daß unter Verbesserung der braunen Grundfarbe die Wochensorten des inneren Stadt- und Ringbahnverkehrs einen weichen Längsstreifen, die des Vorortverkehrs zwei weiche Längsstreifen haben werden.

Auszeichnung für Lebensrettung. Dem Wasserballspieler der 1. Wasserballmannschaft des Berliner Schwimmclubs „Germania“ Max Rober wurde am Montag, den 21. d. M., die Rettungsmedaille am Bande verliehen, weil Rober im Sommer d. J. unter Einschlag seines Lebens einem jungen Manne aus den Klauen der Sprotte das Leben gerettet hat.

Groß-Berliner Parteinarichten.

Heute, 20. November:

Stealth. Der Frauenabend findet nicht Montag, sondern morgen Dienstag, abends 8 Uhr, statt.

Charlottenburg. (57. Abt.) Frauenabend, 7 1/2 Uhr, im Lokal Schutzhel, Konigsstr. 51. Referent: Genosse Paul, Thema: „Uniere Zeit in der Vorzeit“.

Jungsozialistische Vereinigung (Z. P. D.). Der Kurios des Genossen Weimann wird heute aus. Fortsetzung nächsten Montag. Arbeitsausschuß Montag 6 Uhr.

Morgen, 30. November.

Schöneberg. 77. Abt. (Häuser 1.-4. Abt.) Abends 8 Uhr in der Aula der Romanus-Schule, Randenstraße 10: Kreisversammlung. Vortrag des Genossen Lepke über „Die politische Situation“. — Badi der Dellen ersten vom Westfalen.

Tempelhof. Abends 8 Uhr: Sitzung des Bildungsausschusses im Restaurant Guckel, Kaiserin-Augusta-Str. 10. Referent: Genosse Paul, Thema: „Die politische Situation“. — Badi der Dellen ersten vom Westfalen.

Reuthe. Parteigenossen, die zur Eisenbahnstation an der St. Gemeindeschule für Knaben (vordere Schule) in der Rühlstraße beabsichtigt sind, werden zu einer Ansprache am Dienstag, den 20. November, abends 7 Uhr, bei Marienbild, Ede Koller-Riedel, und Namiatraße, gebeten.

Kantzig. Frauenabend 7 1/2 Uhr bei Lehmann (Vormittag im Khl), Koller-Wilhelm-Str. 1. Vortrag des Genossen Weimann über: „August Bebel“.

Wetters. Der Kurios des Genossen Lepke kann morgen besonderer Umstände halber nicht stattfinden. Näheres über das Stillfinden wird bekanntgegeben.

Jungsozialistische Vereinigung, Ortsgruppe Lichterfelde. Ueber das Thema „Deutschland und Frankreich“ spricht Dienstag abends 8 Uhr in einer öffentl. Versammlung in der Aula der Oberrealschule, Ringstr. 3, Genosse Max Cohen-Reub.

Jugendveranstaltungen.

Heute, 20. November.

Chen. Peterburger Viertel. Schule Strahmannstr. 4. Vortrag: „Eduard Bebel“. — Südost. Advenider Viertel. Schule Brangstr. 128. Vortrag: „Der Verfall in Ostpreußen“. — Südost. Peterburger Viertel. Schule Glogauer Str. Vortrag: „Die Aufgaben der Gewerkschaften“.

Sport.

Der Schwimmverein „Vorwärts“ (Abteilung Neustadt) veranstaltete am Sonntag im Stadtbad unter Mitwirkung verschiedener Schwimmvereine ein internes Vereins-Schwimmfest mit lokalen Konkurrenzen. Das Programm war reichhaltig und alle Fortschritte zeigten ein lebhaftes und buntes Bild. Besonders in den Damen-, Männer- und Jugendwettren kam es zu spannenden Kämpfen, bei denen sich die „Arien Schwimmer, Neustadt“, besonders auszeichneten, aber auch die arden Konkurrenzen sowie das Männer- und Jugendwettren, das Amstiegen und die Wasserballspiele fanden stürmischen Beifall im Publikum. Die Dabediber dagegen fanden — wohl ihres rechtlichen Einflusses wegen — wenig Beachtung, denn: schon mit der maritimen Wälschur hat es einen Daken; sie ist zuerst in unserer Steuten meist hart unterernährt. Auch die ihr jährlich ausgesetzten Wasserballspiele mit dem Wunde nahmen sich gerade nicht schön an.

Aber abgesehen von dieser Einlage in dem an sich umfangreichen Programm fanden die rein sportlichen Darbietungen auf voller Höhe. Der Verein hat den zahlreich erschienenen Wählern bei verhältnismäßig niedrigen Eintrittspreisen einen genuin-reichen Nachmittag, so daß dem geliebten, Körperlich-körperlichen Schwimmsport ein weiteres köstliches Bildchen und Gebelien nur zu wünschen ist.

